



REPORTER:INNEN
forum

„Aber das ist dennoch die einzige Chance, um den endgültigen Niedergang des Landes zu vermeiden“

Angela Merkel hielt er für den Sargnagel der Demokratie, Ostdeutsche seien Faschisten oder Kommunisten, den Klimawandel fand er gut. Interne Dokumente zeigen, wie Springer-Chef Mathias Döpfner denkt – und wie er mit „Bild“ Politik machte

Von Cathrin Gilbert und Holger Stark, DIE ZEIT, 13.04.2023

Wer Mathias Döpfner treffen will, dem wird schon von Weitem Respekt eingeflößt. Wie ein Raumschiff ragt die neue Zentrale des Springer-Verlags in den Himmel über Berlin. Ein Symbol der Macht, platziert auf der einstigen deutsch-deutschen Grenze. Der Bau stehe für die historische Vision Axel Springers, dass das einst geteilte Deutschland in Freiheit wiedervereint werde, sagt Döpfner in einem Imagefilm. Es sei aber auch ein „Ausdruck der radikalen Erneuerung dieses Unternehmens“.

Das Büro des Vorstandsvorsitzenden zieht sich über einen Großteil der obersten Etage, so weitläufig, dass man Döpfner trotz seiner Größe von gut zwei Metern kaum ausmachen kann, wenn man aus dem Aufzug tritt. Döpfner, 60 Jahre alt, laut Schätzung von Forbes rund 1,2 Milliarden Dollar schwer, kann von hier aus auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinabschauen. Ein Raumschiffkapitän auf dem Weg in eine großartige Zukunft.

Wie kein zweiter deutscher Medienmanager hat Mathias Döpfner den Springer-Verlag auf Internationalisierung getrimmt. 2015 übernahm er für rund 300 Millionen Euro das Wirtschaftsportal Business Insider. Im vorvergangenen Jahr kam für rund eine Milliarde Dollar Politico hinzu, Nachrichten-Taktgeber der US-Politik. Springer ist heute ein globaler digitaler Medienkonzern, der beweisen wolle, dass „Überparteilichkeit das erfolgreichere Modell ist“, wie Döpfner bei der Politico-Übernahme versprach.



Doch seit der Affäre um das Fehlverhalten des ehemaligen Bild-Chefredakteurs Julian Reichelt, den Döpfner im Oktober 2021 schasste, steht der Springer-Verlag mehr denn je im weltweiten Rampenlicht – und damit auch Döpfner selbst. Reichelt hatte Bild aggressiver und politisch weiter rechts positioniert als seine Vorgänger und sich viele Feinde gemacht. Bis heute war nicht klar, wie stark Döpfner diesen Kurs vorgegeben hat. Warum feuerte Döpfner Reichelt plötzlich, nachdem er zuvor lange an ihm festgehalten hatte? Und welche Rolle spielt das Amerika-Geschäft bei alledem?

Interne Dokumente aus dem Springer-Haus, die die ZEIT einsehen konnte, erlauben nun erstmals einen Einblick in die Führung von Europas gewichtigstem Verlag – und in Döpfners Gedankenwelt. Sie zeichnen, ergänzt durch Gespräche mit Insidern und Beteiligten, das Bild eines Vorstandsvorsitzenden, der getrieben von seiner Ablehnung Angela Merkels schien. Der die Eliten verachtet (sich selbst und seine Freunde ausgenommen) und Bild als sein Werkzeug anzusehen schien, um Politik zu machen. Der Donald Trump lobte, über intolerante Muslime lästert und schärfer noch über die Ostdeutschen: „Die oosis sind entweder Kommunisten oder faschisten. Dazwischen tun sie es nicht. Eklig.“

Es entsteht durch diese Nachrichten auch das Bild eines Konzernchefs, der sein Unternehmen wie eine verschworene Clique führt. Es gibt Helfer und Lieblinge, sogar eine Art Sohn im Geiste. Es geht um ein frauenfeindliches Klima und Treue unter Männern, um Enttäuschung und den Schmerz, den er offenbar spürt, wenn er glaubt, jemanden verstoßen zu müssen.

Die Dokumente stammen aus den vergangenen Jahren, es sind Mails und Chatnachrichten aus dem engsten Führungskreis von Springer, viele davon von Döpfner selbst. Manche wurden frühmorgens oder zu nachtschlafener Zeit verfasst und enthalten Tippfehler, manchmal sind sie halb in Deutsch und halb in Englisch; sie werden hier unverändert im Original zitiert.

Soweit möglich, hat die ZEIT die Dokumente verifiziert sowie die Betroffenen um Stellungnahme gebeten, allen voran Döpfner selbst. Zu einem Gespräch war Döpfner trotz einer frühzeitigen Anfrage nicht bereit; auch eine lange Liste der ZEIT mit Fragen werde man „nicht kommentieren“, schreibt ein Verlagssprecher.



Als Julian Reichelt im Februar 2017 als Chefredakteur Bild übernimmt, hat die Zeitung ihren Ruf als Kampfblatt weitgehend verloren. Reichelts Vor-Vorgänger Kai Diekmann hatte das Blatt aus der politischen Schmutzdecke herausgeholt. Aber Döpfner will eine andere Zeitung. „Kai hat BILD aus Sehnsucht nach bürgerlicher Anerkennung zu politisch korrekt gemacht«, so der Verlagschef. »Das kann auf Dauer nicht gut gehen.«

Der neuen Führung gibt er im Juli 2017 deshalb eine Art politisches Manifest mit auf den Weg – in dem er unter anderem den Klimawandel begrüßt: „Mein Kompass geht so: Menschenrechte – keine Kompromisse. Rechtsstaat – zero tolerance und alles für die reine Lehre. Lebensstil ((was Ficken und solche Sachen betrifft ? Fritz zwei: jeder soll nach seiner Fasson (oder facon)...))“. Offenbar ist das eine Anspielung auf Friedrich II., von dem der Satz überliefert ist, jeder möge nach seiner Fasson glücklich werden.

Wirtschaftlich bekennt Döpfner sich zur Globalisierung, außenpolitisch zum „free west, fuck the intolerant muslims und all das andere Gesochs“. Sicherheitspolitisch sei er ein Falke. „Umweltpolitik – ich bin sehr für den Klimawandel. Zivilisationsphasen der Wärme waren immer erfolgreicher als solche der Kälte. Wir sollten den Klimawandel nicht bekämpfen, sondern uns darauf einstellen.“ Wenn es eines gebe, was er hasse, dann seien es Windräder. Beim Thema Migration sei er für klare Kriterien und „eher streng“, wer »die Türen öffnet wird Rassismus ernten«. Bei Religionsfragen plädiere er für Toleranz gegenüber Gläubigen, sei „aber intolerant wenn sie intolerant werden“. Zum Schluss legt er noch ein Bekenntnis ab: „Und natürlich: Zionismus über alles. Israel my country.“

Ziemlich genau so wird Bild die kommenden Jahre publizistisch auftreten. Es beginnt die große Zeit der Duzfreunde Döpfner und Reichelt. Sie sind der Kapitän und sein erster Offizier, der Vordenker und sein Vollstrecker, die sehr oft einer Meinung sind. Später, als alles im Skandal endet, wird Döpfner an Reichelt schreiben: „Beruflich hast du mich getäuscht und mir Schaden zugefügt wie niemand sonst. Persönlich und was unsere gemeinsame Weltsicht betrifft fühle ich mich Dir nach wie vor sehr verbunden. Ich glaube, Du weißt das, aber ich wollte es Dir noch einmal sagen.“

Döpfner ist bei Springer der unumstrittene Herrscher, seit ihm Friede Springer, die Witwe des Verlegers Axel Springer, 2012 erst ein kleineres Aktienpaket des Verlages

geschenkt hat und dann, 2019, noch mal Aktien im Wert von rund einer Milliarde Euro. Zudem übertrug die Verlegerwitwe ihr Stimmrecht an Döpfner. Springer, das ist seitdem Döpfner.

Der Aufstieg zum allmächtigen Verleger verlief atemberaubend. Im Eilschritt aus der Mittelschicht zum Millionär, dann zum Milliardär. Sein Vater war Architekt, die Mutter Hausfrau, trotzdem leistete sich der junge Döpfner ein Studium, das weder nach den Eltern kam noch nach großem Geld klang: Musikwissenschaft, Germanistik und Theaterwissenschaft.

Seinen Ehrgeiz konnte man freilich schon damals erahnen. Döpfner promovierte, wenn offenbar auch nicht ganz sauber. Eine Untersuchungskommission der Uni Frankfurt stellte später »wissenschaftliches Fehlverhalten« fest, es ging etwa um nicht gekennzeichnete Zitate. Nach dem Studium schrieb Döpfner als Musikkritiker über alles von Michael Jackson bis James Last. Sich selbst charakterisierte er später als „eine Mischung aus Musikkritiker und Teppichhändler“.

1992 wechselte er ins Verlagsgeschäft, ging zu Gruner + Jahr, als Assistent des Vorstandschefs – ein Karriere-Turbo. 1994 wurde Döpfner Chefredakteur der Wochenzeitung Wochenpost, 1996 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost. 1998 wechselte er zu Springer, arbeitete zuerst als Chefredakteur der Tageszeitung Die Welt und stieg innerhalb von rund vier Jahren dort zum Vorstandschef des Konzerns auf. Das dürfte auch damit zu tun haben, dass die Springer-Witwe Friede ihn über alle Maßen bewundert. 2020 sagte sie: „Ich bin sehr froh und dankbar, dass ich mit Mathias meinen Nachfolger gefunden habe.“

Der Verlagschef und die Kanzlerin

Dabei trennt das Duo so manches. Friede Springer ist eine Freundin der damaligen Bundeskanzlerin. Döpfner hält Angela Merkel offenbar für irre oder gefährlich. Im Springer-Verlag recherchieren zwei erfahrene Investigativ-Reporter der Kanzlerin hinterher, es geht um die Frage, ob Merkel einst für die Stasi oder den KGB gespitzelt hat. Sie drehen jeden Stein um. Doch die Recherche zu dem „großen Ding“ (Döpfner), für die sich der Vorstandsvorsitzende ganz persönlich interessiert, endet im Nichts.



Für Döpfner scheint Bild eine Bühne zu sein, auf der das, was in der Politik aus seiner Sicht falsch läuft, öffentlich korrigiert wird. Wie weit rechts der Verlagschef dabei zuweilen steht, zeigt sich zum Beispiel in der Affäre Kemmerich.

Anfang 2020 lässt sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen wählen – mithilfe der Stimmen der AfD. Ein Tabubruch, den der AfD-Rechtsaußen Björn Höcke zelebriert, indem er Kemmerich genüsslich per Handschlag gratuliert. Bundeskanzlerin Merkel brandmarkt die Kumpanei als »unverzeihlich«. So bewertet es auch Bild und spricht von einem „Handschlag der Schande“.

Döpfner passt die Bild-Zeile anscheinend nicht, denn die Alternative zu Kemmerich war der ehemalige PDS-Mann und heutige Linken-Politiker Bodo Ramelow. „Ich verstehe BILD taktisch. Und es war wohl richtig. Aber inhaltlich ist es komplett falsch“, schreibt Döpfner am 8. Februar 2020 über die Ablehnung der Unterstützung durch die AfD: „Lieber PDS-Nachfolgeorganisation als Ministerpräsident als die Liberalen nur weil ein paar demokratisch gewählte AfD-Wähler ihn gewählt haben? Das Land hat jeden Kompass verloren. Und mit dem Verstand. Sie ist ein Sargnagel der Demokratie. Bald hat die AfD die absolute Mehrheit.“ Mit „M“, so kann es man es verstehen, meint Döpfner anscheinend Merkel.

Seine Sicht auf die Bundeskanzlerin radikalisiert sich weiter, als das Coronavirus im März 2020 Deutschland erreicht. Bild-Chef Reichelt kritisiert Merkel nach deren Rede an die Nation scharf. Am 18. März 2020 schreibt Döpfner an Reichelt: „Deinen Kommentar unterschreibe ich in jeden Satz mit Blut. Ich fürchte den Mainstream trifft ihr nicht. Zu viele sind begeistert. So emotional. So bodenständig. So ehrlich. So toll. Sie wird dafür gefeiert. Gerade weil sie wie immer nichts gesagt hat. Es ist zum heulen.“

Zu denen, die von Merkel begeistert sind, zählt hingegen Friede Springer. Sie schreibt an Reichelt: „Lieber Julian, Alle meine Freunde sind glücklich, das in dieser Krise, eine erfahrene Bundeskanzlerin am Ruder ist. Sie wird uns mit ruhiger Hand durch diese schweren Wochen und Monate führen! An ihrer Seite der gute Gesundheitsminister Jens Spahn ! Wir sollten helfen , wenn möglich! Lieben Gruß Ihre Friede“.



Nach Reichelts Merkel-kritischem Kommentar warnt ihn Döpfner: „Friede wird dich anrufen. Sie ist – wie zu erwarten war – empört über Kommentar.“ Und weiter: „Bleib ruhig.“ Friede Springer ließ eine Anfrage der ZEIT unbeantwortet.

Die Bundesregierung plant in jenen Tagen den ersten Lockdown, Ende März 2020 soll er beginnen. Döpfner verschickt aufgeregte Nachrichten. „Corona ist eine Grippe gefährlich für alte und kranke“, schreibt er. Politik und Wirtschaftsführer würden »unsere offene Gesellschaft für immer zerstören«, und weiter: „Das ganze ist so surreal. Kollektiver Verstandes Verlust. Der Coup der Gefühligkeit. Das absolute Scheitern der Eliten. Es ist ein Endpunkt.“

Schließlich, am 25. März 2020: „Das ist das Ende der Marktwirtschaft. Und der Anfang von 33.“ Beschwört er da tatsächlich Parallelen zu Adolf Hitlers Machtergreifung 1933?

Drastische Meinungen und historische Reminiszenzen sind Döpfner nicht fremd. Zu seinen Lieblingszielen gehören dabei die Ostdeutschen: „Meine Mutter hat mich immer vor den Osis gewarnt. Von Kaiser Wilhelm zu Hitler zu Honnecker ohne Zwischendurch us reeduction genossen zu haben. Das führt in direkter Linie zu AFD.“

In einer Nachricht vom 8. Oktober 2019 denkt Döpfner darüber nach, „zu 39 Jahren Mauer einen Text zu schreiben in dem ich die Wiederaufung der Wiedervereinigung fordere. Meine Mutter hat es schon immer gesagt. Die Osis werden nie Demokraten. Vielleicht sollte man aus der ehemaligen DDR eine Agrar und Produktionszone mit Einheitslohn machen.“

Wahrscheinlich ist die Zahl 39 ein Tippfehler, damals geht es um 30 Jahre Mauerfall. Mit „Wiederaufung“, so kann man es vermuten, meint Döpfner wahrscheinlich „Widerrufung“.

Wären Döpfners Meinungen nur seine Privatsache, ginge das niemanden etwas an. Aber so ist es nicht. Mitunter scheinen private Interessen eine Rolle bei dem zu spielen, was er von Bild fordert, wenn er etwa zu Beginn der Pandemie im März 2020 schreibt, Adidas habe beschlossen, weltweit keine Mieten mehr zu zahlen. Ob Bild das nicht skandalisieren könne? Wie die Financial Times recherchiert hat, ist Adidas Mieter in einem Geschäftshaus in Berlin, das Döpfner mit anderen gehört.



Tatsächlich wird die Bild von da an eine Serie von Artikeln veröffentlichen, in denen Adidas scharf kritisiert wird – so lange, bis der Sportartikelhersteller die Mieten wieder zahlt und sich entschuldigt. Von Döpfners Interessenkonflikt erfahren die Leserinnen und Leser nichts. Der Springer-Verlag bestritt auf Anfrage, dass es einen Interessenkonflikt gegeben habe, Döpfner habe die Informationen an Bild nur deshalb weitergegeben, weil es sich „um eine Angelegenheit von überragendem öffentlichem Interesse“ gehandelt habe.

Darf man Döpfners mitunter emotionale Nachrichten veröffentlichen? Die Diskussion darum gibt es seit Längerem, auch in dieser Affäre. Im Herbst 2021 zitierte die New York Times eine WhatsApp-Nachricht Döpfners an den Schriftsteller Benjamin von Stuckrad-Barre, in der Döpfner Julian Reichelt lobte: der sei „der letzte und einzige Journalist in Deutschland, der noch mutig gegen den neuen DDR Obrigkeits-Staat aufbegehrt“. Und ein paar Wochen später publizierte die Washington Post eine E-Mail, die Döpfner kurz vor der US-Präsidentschaftswahl an eine Handvoll Vertraute verschickt hatte: man möge „beten dass Donald Trump wieder Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird“.

Zunächst hatte Döpfner die Existenz der Mail bestritten („so eine E-Mail existiert nicht“), sie dann, nachdem die Washington Post sie ihm vorlegte, als »ironische, provokative Äußerungen« verteidigt. Ähnlich rechtfertigt der Verlag auch die WhatsApp an Stuckrad-Barre: In privaten Dialogen gebe es das Mittel der Ironie und bewussten Übertreibung. Döpfner habe sich absichtlich sehr überspitzt geäußert.

Seine Botschaften an die verantwortlichen Redakteure seines Verlags sind allerdings keine Privatangelegenheit. Und die Vielzahl der nun vorliegenden Nachrichten belegen, dass die von der New York Times und der Washington Post zitierten Äußerungen keinesfalls Ausnahmen gewesen sind. Döpfners Direktiven, die bei den Verantwortlichen in der Redaktion selten auf Widerstand stoßen, zeigen, wie sehr er Politisches, Publizistisches und gelegentlich Privates vermischt. Deshalb sind Nachrichten des Vorstandsvorsitzenden von öffentlichem Interesse.

Springer und der Wahlkampf



Wie parteilich der Springer-Chef agiert, lässt sich exemplarisch am vergangenen Bundestagswahlkampf nachvollziehen. Als sich die Union entscheiden muss, wer Kanzlerkandidat wird – Armin Laschet oder Markus Söder –, schreibt Döpfner am 10. April 2021: „Keiner hat das Zeug dazu Deutschland geistig und manageriell überzeugend zu führen. Der eine ist langweilig aber gründlich und einigermaßen berechenbar. Der andere ist oberflächlich opportunistisch und hat einen schlechten Charakter. Deshalb ist der erst das kleinere Übel.“

Anscheinend befürchtet er, dass Söder gewinnt, auf jeden Fall schreibt er neun Tage später: „Er wird es. Aber es wird noch viel schlimmer für Deutschland. Es ist ein ständiges downgrading. Schröder. Merkel. Söder. Das sind Leute die hätten früher nicht mal ne Sparkasse führen dürfen. Ich Wander aus.“

Nachdem wenig später klar wird, dass doch Laschet für die Union antritt, setzt Döpfner ganz auf die FDP. Und er wünscht sich, dass seine Journalistinnen und Journalisten der Partei helfen. Am 7. August 2021 schreibt er: „Unsere letzte Hoffnung ist die FDP. Nur wenn die sehr stark wird – und das kann sein – wird das grün rote Desaster vermieden. Können wir für die nicht mehr tun. Die einzigen die Konsequenz gegen den Corona Massnahmen Wahnsinn positioniert sind. It's a patriotic duty.“

Vor allem an FDP-Chef Christian Lindner richtet Döpfner große Erwartungen. „Er muss öffentlich erklären dass er Koalition unter grüner Führung ausschließt. Dass er nur mit CDU koalitiert. Das ist so wichtig. Und er muss Wähler von der AfD holen. Habe gestern mit ihm Abend gegessen. Er hat Zuviel Angst. Aber das ist dennoch die einzige Chance um den endgültigen Niedergang des Landes zu vermeiden.“

Am 12. August 2021 – sechs Wochen bis zur Wahl – legt Döpfner nach, er fordert: „Kann man noch mehr für die FDP machen? Die sollten 16 Prozent mindestens kriegen. Lindner muss mutiger werden. Und Koalition nur SPD wäre deutlich besser als mit Grünen.“

Und so geht es in einem fort. Zwei Tage vor der Wahl drängt er Bild-Chef Reichelt: „Please Stärke die FDP. Wenn die sehr stark sind können sie in Ampel so autoritär auftreten dass die platzt. Und dann Jamaika funktioniert“.



Döpfners Botschaften durchzieht eine konstante Verachtung der Eliten, was bemerkenswert ist, weil der Springer-Vorstandsvorsitzende selbst Teil eines ultraelitären Netzwerks ist. Döpfner schätzt den deutschstämmigen US-Milliardär Peter Thiel, einen Trump-Unterstützer, der eine der umstrittensten Firmen der Welt mitgegründet hat: den Software-Konzern Palantir, der seine Programme zur Überwachung von Kommunikation auch in Deutschland anbietet. Döpfner schreibt am 27. April 2021 über den Palantir-CEO Alexander Karp: „Alex Karp bietet an TV Story Mit BILD zu machen. Ihr begleitet ihn irgendwohin. Und macht Porträt oder Gespräch über Palantir. Er ist sauer dass Spiegel ihn so angegriffen hat. Und will sich erklären. Glaube mega Chance weil Palantir immer so secretive. Ich connected“.

Ein paar Tage vor der Bundestagswahl veranstaltet Döpfner bei sich zu Hause ein vertrauliches Treffen mit Thiel, dem der Verlagschef eng verbunden ist: Berichten zufolge arbeitete einer von Döpfners Söhnen als eine Art Stabschef bei Thiel. Politisch steht Döpfner dem Trump-Unterstützer Thiel ohnehin nahe. Im Januar 2020, nachdem Donald Trump den iranischen General Süleymania hat töten lassen, schreibt Döpfner: „Ich bin soaufgekratzt, was diese Themen betrifft. Muss aufpassen. Mein Vorschlag. Friedensnobelpreis für Trump. Und ibama wieder wegnehmen.“ Mit „ibama“ scheint er Barack Obama zu meinen, der 2009 den Friedensnobelpreis erhalten hatte.

Es wirkt, als würde sich Döpfner in der Welt der ganz Großen besonders wohlfühlen. Nur leider darbt im kleinen Deutschland das klassische Geschäft mit gedruckten Zeitungen. 2014 betrug die verkaufte Gesamtauflage der Bild rund 2,3 Millionen. Ende vergangenen Jahres waren es inklusive der in Berlin erscheinenden BZ nur noch 1,1 Millionen.

Döpfner setzt deshalb seit Jahren auf Digitalisierung – und auf Amerika. Neben Politico gehören Springer dort inzwischen auch die journalistischen Digital-Marken Insider (in 19 Ländern vertreten) und Morning Brew, ein Newsletter-Anbieter.

Weltweit beschäftigt der Konzern nach eigenen Angaben mittlerweile 3400 Redakteurinnen und Redakteure, »doppelt so viele Journalisten wie die New York Times oder das Wall Street Journal«, wie Döpfner voller Stolz erzählt hat. Nach Reichweite sei Springer bereits der viertgrößte Verlag in den USA.



Und er denkt noch größer. Der Deutschen Presse-Agentur antwortet er im Januar auf die Frage, wo Springer in fünf Jahren stehen werde: „Von Platz 4 kann man auf 3, von 3 auf 2, vielleicht sogar eines Tages von 2 auf 1. Politico wird in den USA und auch in Europa expandieren und kann eine echte internationale Marke werden.“

Die Reichelt-Affäre

Nichts soll dieses weltweite Wachstum stören. Schon gar nicht eine hässliche Affäre daheim, wie sie sich im Frühjahr 2021 abzeichnet. Bild-Chefredakteur Julian Reichelt, so heißt es im Springer-Verlag, habe seine Macht missbraucht und diverse Affären mit Verlagsmitarbeiterinnen gehabt.

Anfang März, als gerade die ersten Berichte darüber öffentlich geworden sind, meldet sich der damals für das Nachrichtengeschäft zuständige Vorstand Jan Bayer intern zu Wort.

Döpfner hänge sehr an Reichelt und empfinde für ihn väterliche Gefühle. Aber eine Reaktion des Verlags, in der man alle Vorwürfe gegen Reichelt zurückweise, trage nicht. Döpfner stehe nur so lange, „bis es für ihn eng wird“, soll Bayer gesagt und gewarnt haben: Es gebe bei Döpfner eine Grenze, wenn der Druck der Eigentümer so hoch werde, dass es am Ende „auch um seine Zukunft geht“. Die Eigentümer, damit sind die US-Investmentfonds KKR und CPPIB gemeint, denen zusammen knapp die Hälfte von Springer gehört.

Bayer soll Reichelt deshalb eine großzügige Abfindung angeboten haben, deren gute Bedingungen angeblich aber nur dann gelten, wenn Reichelt schnell einwilligt.

Es wirkt, als wollte der für Bild zuständige Vorstand Reichelt möglichst schnell aus dem Unternehmen hinauskomplimentieren. Als er gefragt wird, ob Reichelt die Affäre überstehen könne, soll Bayer geantwortet haben: Das stehe und falle mit Döpfner, „mit keinem anderen“. Bayer ließ Fragen der ZEIT dazu unbeantwortet.

Aber Reichelt ist nicht bereit, einfach so zur Seite zu treten. Und Döpfner ist noch nicht bereit, seinen ersten Journalisten fallen zu lassen. Er spricht von »Verleumdung«, eine



hinzugezogene Anwältin der externen Kanzlei Freshfields, schreibt er am 24. März 2021, habe „viel Sympathie“ für Reichelt.

Als die Compliance-Abteilung von Springer zu einer partiellen Entlastung des Chefredakteurs kommt, entscheidet sich der Vorstand, Reichelt im Amt zu belassen. Der habe zwar „die Vermischung von beruflichen und privaten Beziehungen eingeräumt«, heißt es in einer Springer-Mitteilung, es gebe jedoch »keine Anhaltspunkte für sexuelle Belästigung oder Nötigung“.

Aber noch ist die Affäre nicht beendet. Sie kehrt wie ein Bumerang zurück, im Oktober 2021, als die New York Times – in den USA Konkurrent von Springers Politico – einen langen Fragenkatalog zum Fall Reichelt schickt.

„Story offenbar noch wesentlich schlimmer als erwartet«, schreibt Döpfner seinen engsten Beratern. Springer sei »in Trump Camp, lügt strukturell auch gegenüber Politico ist männerdominiert und toleriert Machtmissbrauch gegenüber Frauen“, so fasst er die New York Times-Recherche gegenüber anderen Vorstandskollegen zusammen. „Die Story hat das Potential uns in USA zu killen. Meinen board seat bei Netflix werde ich als erstes verlieren.“

In Berlin beginnen 96 Stunden voll hektischem Krisenmanagement. Noch ist zu dem Zeitpunkt die Übernahme des Nachrichten-Portals Politico nicht abgeschlossen. Droht der Deal zu scheitern, nur weil die Reichelt-Affäre erneut hochkocht?

Die Geschichte in der New York Times ist bitterböse. Am Morgen nach der Veröffentlichung feuert Springer Reichelt.

Und doch will die Affäre nicht vergehen, sie verfolgt Döpfner bis heute, diesmal in Person seines einstigen Ziehsohns Reichelt. Dessen Anwalt Ben Irle kritisiert den Springer-Verlag: Das Compliance-Verfahren habe „grundsätzliche rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze vermissen“ lassen, eine »transparente Aufklärung der Vorwürfe ist offenbar bislang systematisch unterblieben«. Man werde »sowohl strafrechtlich wie auch zivilrechtlich in Deutschland und den USA« Schritte einleiten. Der Fall Reichelt sei „nicht annähernd abgeschlossen“.

Eine ehemalige Bild-Mitarbeiterin hatte gegen diverse führende Springer-Manager vor einem Gericht in Los Angeles geklagt wegen des Vorwurfs der sexuellen Belästigung,



der Beihilfe zur Diskriminierung, der unterlassenen Hilfeleistung sowie verschiedener arbeitsrechtlicher Punkte. Die junge Frau, die seit einigen Jahren in Los Angeles lebt, taucht in dem Compliance-Verfahren als eine wichtige Zeugin für den Vorwurf auf, Reichelt habe seine Macht missbraucht, um sich Frauen gefügig zu machen. Für Döpfners Leute muss ein Prozess unter den Augen seiner amerikanischen Investoren wie ein unkontrollierbares Risiko gewirkt haben.

Die Klageschrift in den USA schildert detailliert mit Daten und Uhrzeiten, wie Reichelt die Berufseinsteigerin behelligt und bedrängt habe. Der Chat zwischen der Frau und Reichelt zeichnet allerdings auch ein davon abweichendes Bild. Oft ist es die Frau, die von sich aus über Sex spricht und Reichelt fragt, ob er noch vorbei kommen wolle.

Nach Angaben von Reichelts Anwalt Ben Irlé enthalte die US-Klage erfundene Ereignisse und weise grobe faktische Fehler auf. Der Ablauf eines Treffens in Wien etwa, in der Klageschrift als Beleg für „Sex-on-Demand“ angeführt, ohne den die Frau bei Bild rausfliege, klingt im Chat-Verlauf nach einer einvernehmlichen Nacht.

Springer habe von Reichelt den gesamten Kommunikationsverkehr vorgelegt bekommen, behauptet Reichelts Anwalt. Döpfner soll Reichelt darum gebeten haben, mehr davon zu liefern, man brauche „exakt solche Belege“.

Aber Döpfner lässt die Vorwürfe nicht mehr klären. Er hat sich gegen seinen ihm einst so nahestehenden Mitstreiter entschieden. Der Fall wird hinter den Kulissen geregelt. Man habe eine „einvernehmliche Lösung“ gefunden, hieß es dazu vom Verlag. Dem Vernehmen nach floss viel Geld, wohl aus Angst vor negativen Folgen für die Expansion Springers in den USA.

Springer, mit amerikanischen Miteigentümern und einem wachsenden US-Geschäft, ist verletzlicher geworden. „Wir tolerieren keine Belästigung am Arbeitsplatz und erwarten von den Firmen, in die wir investieren, das zum Thema zu machen“, sagte Frank Switzer, Sprecher von Springers Co-Eigentümer CPPIB, im Zuge der Reichelt-Affäre. Fragen der ZEIT wollte er nicht beantworten.

Die Investmentmanager dächten „nicht in Unschuld oder Schuld, die denken an den Wert des Unternehmens“, so soll es der Döpfner-Vertraute Jan Bayer gesagt haben. Er



könne sich bei Döpfner nicht vorstellen, dass es irgendeinen Fall gebe, wo er sich gegen den Mitgesellschafter stelle, weil er wirtschaftlich „von denen abhängig“ sei.

Von Axel Springer ist der Satz überliefert, Zeitungen sollten zwar »an der Politik teilhaben, aber keinesfalls Politik machen«. Seine Witwe Friede hat diese Sicht gerade erst bekräftigt. In einem Interview mit der Initiative »Gesichter der Demokratie« sagte sie vor ein paar Tagen: „Journalismus muss Politik begleiten und erklären, nie machen.“ Abhängiger oder gar parteiischer Journalismus wäre »eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert«.

Mathias Döpfner hat von diesem einst hehren Ansatz nicht viel übriggelassen. Seine Welt ist die große Politik, die er gerne mitgestaltet. Und das große Geld, das er besitzt und von dem er zugleich abhängig ist. Nur selten schimmert noch der sensible Feingeist durch, der Döpfner auch sein will. „Am Ende sind es nur zwei Dinge, die bleiben“, schreibt er in einer der Botschaften: „KUNST und LIEBE.“